

Nichts ist durchgespielt

Spaltet sich die SPD? Nach ihrem Wahlsieg vom November verschärften die Sozialdemokraten den Flügelkampf.

Die Siegeszuversicht kam früh, sie scheint nicht unbegründet.

Fünf Wochen bevor sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands — zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte stärkste Fraktion im Bundestag — zu ihrem Parteitag in Hannover versammelt, sind sich die Wortführer der Linken einig: Sie sind nicht mehr zu stoppen.

Jungsozialist Johanno Strasser: „Rausgeschmissen werden können wir nicht mehr. Unser Ziel ist es, die Partei als Ganzes umzukrempeln.“ Vorstandskollege Karsten Voigt: „Bisher meinten die Jusos, sie sind die Partei der 80er Jahre. Ich glaube, wir sind schon früher dran.“ Altsozialist Rudi Arndt: „Daß die linke Position so stark wird, habe ich in kühnsten Träumen nicht zu hoffen gewagt.“ Und sein fränkischer Gesinnungsgenosse Bruno Friedrich: „Die wachsende Bedeutung der ökonomischen Probleme begünstigt eine Renaissance des Marxismus.“

Jahrelang hatte die Partei die programmatische Diskussion gescheut — seit jenen Grundsatzbeschlüssen von Godesberg 1959, die ihr Zugang zu Bürger und Macht verschafft hatten.

Die Wende zeichnete sich ab, als die Partei auf ihrem Konvent in Saarbrück-



Jungsozialist Voigt
„Wir sind schon früher dran“

ken 1970 beschloß, ein „Langzeitprogramm“ erarbeiten zu lassen, das der regierenden SPD als Reformfahrplan dienen sollte. Gedacht als Ventil für die Wortgewalt kritischer Sektierer, dient der „ökonomisch-politische Orientie-

rungsrahmen für die Jahre 1973 bis 1985“ der inzwischen auf breiter Front angetretenen Parteilinken als willkommenes Vehikel, den großen Grundsatzdisput über den künftigen Kurs der SPD zu erzwingen.

Auf dem Bundesparteitag Mitte April soll die neue Zeit der SPD beginnen. So will es die Linke, die auf den Provinzparteitagen neues Selbstbewußtsein demonstrierte und nach eigener Schätzung in Hannover 40 bis 45 Prozent der Delegierten stellen wird. Ihre Avantgarde, die Jungsozialisten, wollen auf ihrem Bundeskongreß am nächsten Wochenende Zeichen setzen. Juso-Sympathisant Henning Scherf, Chef der Bremer SPD, drängt: „Wir wollen eine Kapitalismus-Kritik, das ist eine Herausforderung an den Parteivorstand.“

Die auf Konflikt programmierten Genossen sind nicht bereit, sich länger von ihren Führern domestizieren zu lassen. Kritik geht jetzt vor Solidarität.

Auf scharfe Angriffe der Rebellen muß sich Systemerhalter Helmut Schmidt gefaßt machen. Ihm wird vorgeworfen, mit dem Klassenfeind zu paktieren. Als Bundesfinanzminister treibe der SPD-Vize eine unternehmerfreundliche Konjunkturpolitik, als Chef der Langzeit-Kommission habe er — trotz seines Plädoyers für einen höheren Staatsanteil am Sozialprodukt — die kapitalistische Wirtschaftsordnung erneut festgeschrieben.

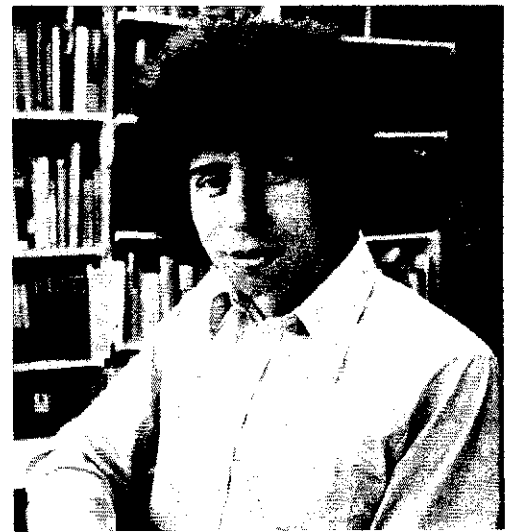
Karsten Voigt kündigt an: „Wir werden uns auf dem Parteitag mit ihm befassen. Da gibt es den Helmut Schmidt der Regierung, der rechts vom Helmut Schmidt der Langzeitkommission steht. Und da gibt es die Mehrheit des Parteitages, die links vom Helmut Schmidt der Langzeitkommission steht.“

Die Genossen sind sogar zum Frevel am Parteheiligtum bereit. „Willy Brandt ist nicht mehr tabu“, droht Klaus Dieter Streb, Mitglied des „Frankfurter Kreises“, dem Konspirationszentrum von Alt- und Jungsozialisten, „es gibt allgemein die Tendenz, den Parteivorsitzenden kritischer anzugehen als früher“.

Brandt wird „ins Gerede kommen“ (Scherf), wenn er sich in Hannover auf die Seite von Abgrenzungs-Eiferern gegenüber linken Gruppen schlägt, sei es wegen gemeinsamer Vietnam-Aktionen von Jusos und Kommunisten, sei es wegen des Ministerpräsidentenerlasses über die Beschäftigung von Extremisten im öffentlichen Dienst.

Frankfurts OB Rudi Arndt: „Wenn Brandt den Ministerpräsidentenbeschuß verteidigt, dann mache ich ihm den Vorwurf: „Du läßt dich zu sehr von tagespolitischen Fragen beeinflussen. Das gilt auch für Vietnam.““

Die Kader wollen nicht einmal ausschließen, daß es in Hannover zum Äußersten kommt — etwa bei der Parteitagsentscheidung über die Vermö-



Jungsozialist Strasser
„Die Parteioberen biedern sich an“

gensbildung, zu der sich Brandt in seiner Regierungserklärung der FDP zu Liebe bekannte, die aber von einer starken Linksfraktion in Partei und Gewerkschaften abgelehnt wird.

Sollte der Vorsitzende mit der Abstimmung über die Vermögensbildung die Vertrauensfrage verbinden, „ist es nicht sicher“, so Juso-Vize Strasser, „daß er damit großen Erfolg hat“. Strassers Empfehlung an den Genossen Brandt: „Ich würde ihm raten, in solchen Sachfragen nicht seine Position aufs Spiel zu setzen. Wenn man so etwas zu oft macht, kann man sehr schnell ein Image verschleißen, auch wenn es noch so hochgeputzt ist.“

So auf Konflikt programmiert, wollen die Jungsozialisten zunächst auf ihrem Kongreß in Bad Godesberg und dann beim Verriß der Langzeit-Fleißarbeit in Hannover bekennen, wohin ein neues Programm die SPD, die Republik und schließlich ganz Westeuropa führen sollte.

Die Richtung weist der Antrag Nr. 32 des Juso-Bezirks Westliches Westfalen: „Das Ziel der Parteilinie der Jungsozialisten ist die Umwandlung der heutigen SPD in eine konsequent sozialistische Partei, die ihre Rolle als Grenzträger kapitalistischer Herrschaft verliert und sich die Bedingung ihres Handelns weder vom Monopolkapital noch von dessen politischer Agentur, der CDU/CSU, diktieren läßt.“

In drei Stufen, so das Strategiekonzept, das Strasser für dieses Wochenende in Godesberg vorbereitet hat, ist demokratischer Sozialismus nach Juso-Art zu verwirklichen:

- ▷ in einer Analyse der gegenwärtigen Machtverhältnisse muß zunächst eruiert werden, wo die ökonomischen Machtzentren liegen und welchen Zwang sie auf die Politik des Staates ausüben;
- ▷ zum Aufbau einer „Gegenmacht“ sollen Banken und Schlüsselindu-

„Eine zutiefst bürgerliche Partei“

Die Stamokap-Fraktion der Jungsozialisten

Sie selbst firmieren als „Juso-Linke“, von ihren Gegnern werden sie „Stamokaps“ genannt. In 5 von 22 SPD-Bezirken haben sie ihre Basis, in Nord-Niedersachsen und Hessen-Süd, in Hamburg, Weser-Ems und Berlin. Von den 250 000 Jungsozialisten, so schätzt Juso-Vorsitzender Wolfgang Roth, gehören weniger als fünf Prozent zu ihnen. Auf dem bevorstehenden Kongreß des Parteienwachstums in Bad Godesberg werden sie zehn bis fünfzehn Prozent der Delegierten stellen.

Die „Stamokaps“ haben der Partei eine neue Links-Links-Diskussion aufgezwungen.

Sie begann schon 1971 auf dem Juso-Strategiekongreß in Hannover, als der Hamburger Detlev Albers und Genossen ein Strategiepapier vorlegten, in dem sie versuchten, das Verhältnis von „Monopolkapital“ und Staatsapparat in kapitalistischen Ländern zu analysieren. Auf „konkrete Aktionsprogramme“ freilich verzichteten sie „bewußt“.

Sie bedienen sich eines Begriffs, den Lenin 1916 in seinem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ geprägt hatte. 1917 griff die Gesamtrussische Konferenz der Bolschewiki die These auf: „Der monopolistische Kapitalismus verwandelt sich in staatsmonopolistischen Kapitalismus.“

55 Jahre später, beim SPD-Unterbezirksparteitag 1972 in Frankfurt, war auf einer offiziellen Parteiveranstaltung der Sozialdemokraten von Stamokap die Rede: Es kam zum offenen Streit, als die Mehrheit den Stamokap-Anführer Rainer Eckert von der Liste der Magistrats-Kandidaten strich. Seither führen die Parteilinken eine verbissene Abgrenzungskampagne gegen die ganz linke Konkurrenz.

Nach der Stamokap-Analyse ist der Staat in den westlichen Demokratien in die Hände der Monopolkapitalisten geraten. „Die permanente staatliche Intervention in den Prozeß der gesellschaftlichen Produktion“ — so doziert ihr Hamburger Papier — „leitete... eine weitgehende Verflechtung der ökonomischen Macht der Monopole mit der im wesentlichen von ihnen bestimmten Macht der Staatsorgane ein.“

Das politische Instrument der Monopole ist der Parlamentarismus westlicher Prägung, der „nur die gesellschaftlichen Verhältnisse stabilisiert“ (Kritik der Eckert-Gruppe am SPD-Langzeitprogramm).

„Der Staat“, so diese Diagnose, „steuert direkt die Produktion im Interesse der Herrschenden. Reformen werden nur durchgeführt, wenn sie den Monopolen nützen.“ Der SPD machen die Frankfurter zum Vorwurf, sie sei eine „reformistische, zutiefst bürgerliche, dem Parlamentarismus verhaftete Partei“.

SPD-Mandatsträger sollen nach den Stamokap-Richtlinien ihren Katern Rapport erstatten über vertrauliche Informationen aus ihrer Tätigkeit. Der hessische DGB-Chef Armin Clauss: „Das liest sich wie eine Anleitung von Stalins ZK.“

Den Münchner SPD-Parteiratsschleusen zuwider suchen die Stamokaps die Aktionseinheit mit den Kommunisten. Die Distanz gegen-



Stamokap-Anführer Eckert

Von der Kandidatenliste gestrichen

über der DKP erscheint ihnen als „verhängnisvolle Spaltung“ (Schulungsrichtlinien der Frankfurter Stamokaps). Der von Stamokaps beherrschte Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), dem die Partei gerichtlich den Gebrauch des Beiworts „sozialdemokratisch“ untersagen ließ, sieht im Bündnis mit der DKP geradezu das wichtigste Ziel aller fortschrittlichen Kräfte.

Auf ihrer Delegiertenkonferenz Ende letzten Jahres stimmte die SHB-Mehrheit alle Anträge nieder, die an demokratischen Grundprinzipien festhielten. Abgelehnt wurde eine Garantie des Streikrechts und der organisierten Opposition für die sozialistische Gesellschaft. Dem Verdict verfiel auch die Forderung, daß sozialistische Länder „kein mechanisch übertragbares Modell“ für die Bundesrepublik bieten.

strien (Energie, Chemie, Elektro, Auto) vergesellschaftet (Strasser: „Ich bin für entschädigungslose Enteignung“) und vom Staat die Prioritäten für Investitionen der Unternehmen gesetzt werden;

- ▷ schließlich sollen auch sämtliche kleinen und mittleren Unternehmen in Gemeineigentum überführt werden.

Staatliche Rahmenrichtlinien regeln im Juso-Land die Produktion, über Konsumentenorganisationen (Karsten Voigt: „Dezentralisierte Feinsteuerung“) dürfen die Bürger über Art, Zahl und Qualität von Kühlschränken und Wohnungen, Autos und Herrenwäsche mitbestimmen.

Strasser räumt ein, daß dieses System in einer kapitalistischen Umwelt kaum eine Chance hätte: „Man wird aus der BRD kein sozialistisches Land isoliert machen können. Deswegen muß das sozialistische West-Europa kommen.“

Was die Verächter der Marktwirtschaft den Westdeutschen ersparen wollen: undemokratischen Funktions-Sozialismus, wie ihn die Fraktion des „Stamokaps“ praktizieren will (siehe Kasten). Ihr Gegenkonzept: Es müßten „die Führungsgremien der Partei und später der sozialistischen Gesellschaft ständiger Kontrolle unterworfen sein durch organisierte Opposition, autonome Presse und autonome Gewerkschaften“ (Antrag Westliches Westfalen).

Mit welchen Instrumenten, in welchen Zeiträumen und mit welchen Kosten demokratischer Sozialismus zu erreichen sei, wissen die linken Kader noch nicht, „nichts ist durchgespielt und durchgerechnet“ (Strasser), die „Ehe zwischen linken Technokraten und Sozialisten muß noch zustande gebracht werden“ (Juso-Chef Wolfgang Roth).

Um nicht in Hannover von den Pragmatikern des Parteitag als „Illusionisten“ abgeschmettert zu werden, haben sich die Sympathisanten in Partei und Bundestagsfraktion formal von den Jusos abgekoppelt und auf eine unverdächtige Taktik verständigt.

Zwar kritisieren auch sie das Schmidt-Programm. Doch wollen sie darauf verzichten, sich offen zum Sozialismus zu bekennen. Selbst ihre Zentren in Hessen-Süd, Schleswig-Holstein und Hannover flüchteten sich in Passepartout-Anträge für den Parteitag.

So fordern Vorstand und Beirat des SPD-Bezirks Hannover vielsagend in der Sprache des demokratischen Sozialismus von einer neuen Langzeit-Kommission, „Instrumente gesamtwirtschaftlicher Planung und Lenkung zu entwickeln, die auch private Investitionen so steuern, daß öffentliche Investitionen und Dienste angemessen wachsen können und wirtschaftliches

Wachstum auf eine verbesserte Lebensqualität ausgerichtet ist". Mitautor Günter Wichert, SPD-MdB, stolz: „Mit einiger Nötigung könnte man alles vom Juso-Kongreß darin unterbringen. Da würden wir noch nicht einmal sagen, wir sind mißverstanden worden.“

Um unauffälliges Auftreten bemüht, camouflieren die gestandenen Sozialisten ihren Wunsch, das Godesberger Programm umzukrempeln, das nach jüngstem SPD-Präsidiumsbeschuß in Hannover „nicht zur Disposition“ steht. Erhard Eppler, neugewählter SPD-Vorsitzender von Baden-Württemberg und Wortführer des „Tübinger Kreises“ gesinnungsfester Parteifreunde des Musterländle, möchte allenfalls von einer „automatischen Fortschreibung des Godesberger Programms“ reden, „weil es eine Menge von Themen gibt, von denen man in Godesberg noch keine Ahnung hatte“.

Deutlicher wird allein Arndt: „Man kann aus dem Godesberger Programm

der Ziehvater der Linken seinen Gesinnungsgenossen in der Bundestagsfraktion geraten hatte, sich als Gegenmacht zur konservativen Kanalarbeiterriege des Deutschlandministers Egon Franke zu organisieren und ein eigenes Sekretariat einzurichten. Wehner: „Erst wollte der Steffen die Belastbarkeit der Wirtschaft ausprobieren, nun die Belastbarkeit der SPD. Die Partei bringt sich um, das mache ich nicht mit.“

Was Wehner seit Jahren mitmacht: Die „Freunde sauberer Verhältnisse“ (Text eines Einladungsschreibens der Kanalarbeiter) haben sich in Bonn längst formiert, zwar nicht mit einem Sekretariat, wohl aber mit einer Anlaufadresse — dem Büro des Frankes-Staatssekretärs Karl Herold. Stets bleiben ihnen die einflußreichen Fraktionspositionen reserviert.

Um in Hannover die Partei einigermaßen auf Kurs zu halten, legten sich die Parteiführer eine Umarmungsstrategie zurecht. SPD-Vize Helmut

Im Parteipräsidium soll Erhard Eppler den früheren Versicherungsdirektor Alex Möller, die Genossin Vera Rüdiger die zur Bundestagspräsidentin aufgestiegene Annemarie Renger ablösen.

Juso-Vize Strasser sieht den Durchbruch nahe: „Die Parteioberen haben gemerkt, daß die Geschichte nach links gegangen ist und biedern sich an.“

ENTSPANNUNG

Matte Scherze

Unvermutet zeichnen sich Fortschritte bei der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ab. In dieser Woche treffen sich gar die Botschafter von BRD und DDR zum gemeinsamen Essen.

Der Vertreter der Tschechoslowakei hatte gerade das Wort ergriffen, da fiel die Maus von der Decke; hart landete sie zwischen den im Sechseck aufgestellten Konferenztschen.

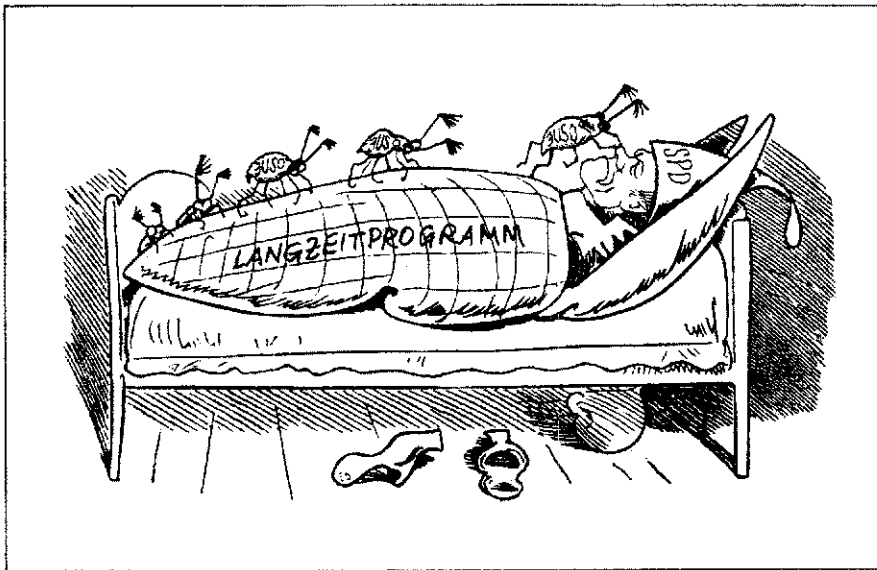
Im Plenarsaal von Dipoli am Rande Helsinkis, Tagungsort der Vorkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), kam Gelächter auf, das der irritierte Tscheche auf sich bezog, bis ein Saaldiener das benommene Tier am Schwanz aus der Halle trug. Ein Bonner Diplomat juxte über den Zwischenfall: „Das war der bisherige Höhepunkt der Konferenz.“

Mit matten Scherzen vertrieben sich die Delegierten aus 32 europäischen Staaten, den USA und Kanada die Zeit im winterlich-öden Helsinki. Tagaus, tagein trafen sie sich in denselben Bars, bewirteten sie sich in denselben Restaurants.

Erst mit dem Beginn der dritten Sondierungsrunde am letzten Dienstag geriet das Mammut-Meeting in Bewegung. Die Sowjet-Union, die bislang für jeden der vier Themen-„Körbe“ (Konferenz-Jargon) — Sicherheit, Wirtschaft und Technik, Kultur und menschliche Beziehungen sowie Einrichtung eines ständigen Organs nach Konferenzende — eine eigene Arbeitsgruppe verlangt hatte, akzeptierte überraschend den französischen Vorschlag, alle Streitfragen in einem Ausschuß zu beraten.

Bis dahin hatten sich die Diplomaten aus Europa und Nordamerika acht Konferenzwochen lang in Deklamationen geübt oder die Querelen verfolgt, die sich rasch zwischen Moskau und Bonn entwickelten.

Überrascht registrierten die Bonner Emissäre damals Drohungen und Lokungen der sowjetischen Delegation. Unter vier Augen gaben die Sowjetmenschen offen zu verstehen, nun müsse die Bundesrepublik endlich über die westliche Solidarität hinaus als Entgelt für die sowjetischen Entspannungsgesten an die Bonner Adresse den Moskauer Vorstellungen entgegenkom-



Frankfurter Rundschau

Schon faßt einer, der voran, Onkel Willys Nase an

nicht die eine Hälfte herausnehmen und die andere nicht. Wenn man über Wirtschaft und Macht spricht, gehört die Vergesellschaftung dazu.“

Angesichts der offenen und der versteckten Kritik der Linken an Parteilinie und Geschäftsordnung sieht sich das Bonner SPD-Establishment in die Defensive gedrängt. Längst beherrscht die Furcht, der gestärkte Flügel könne sich zu einem Block innerhalb der Partei formieren, den Parteivorstand von Hans Apel bis Herbert Wehner.

Staatsminister Apel, von Berufs wegen für Europa zuständig, sieht voraus, „daß (man) zum Schluß in Bunkern sitzt und miteinander nur noch verkehrt durch Sehschlitze und bestenfalls über Telephone“.

Wehner hat den schleswig-holsteinischen SPD-Vorsitzenden Jochen Steffen als Partei-Spalter ausgemacht, weil

Schmidt, der noch am vorletzten Wochenende sein Langzeit-Papier allenfalls „fortschreiben“ lassen wollte, erklärte sich drei Tage später schon mit einem „neuen Entwurf“ einverstanden. Den Vorsitz der neuen Kommission wollte der Minister freilich nicht übernehmen.

Und notgedrungen will sich die Parteiführung auch damit abfinden, die Linken stärker an der Macht in der Partei zu beteiligen.

Die bislang in Parteivorstand und -präsidium Unterrepräsentierten haben ihr Ticket für die Vorstandswahlen von Hannover längst aufgestellt. Ihre Kandidaten: Rudi Arndt, Hessen, Bruno Friedrich, Franken, Wilhelm Dröscher, Rheinland-Pfalz, Friedel Läßle, Saarland, Peter von Oertzen, Niedersachsen, Konrad Porzner, Mittelfranken und Juso-Chef Wolfgang Roth.